

PRESSEMITTEILUNG

Den NRW-Kliniken fehlen ausreichende Mittel zum Hitzeschutz

KGNW-Präsident Ingo Morell fordert angemessene Fördermittel für bauliche und technische

Anpassung

Düsseldorf, 31.07.2026 – Mit Blick auf die zurückliegenden und die kommenden Hitzephasen warnt die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) vor überzogenen Erwartungen an die Kliniken. Dazu erklärt KGNW-Präsident Ingo Morell: „Es gibt leider für NRW – und auch bundesweit – bis heute kein flächendeckendes Investitionsprogramm für Hitzeschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Wenn es jetzt darum geht, über konkrete Maßnahmen für einen effektiven Hitzeschutz zu sprechen und verbindlichere Standards festzulegen, muss man nüchtern auch die damit verbundene Finanzierungsfrage ehrlich beantworten. Die Krankenhäuser haben sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten individuelle Hitzeschutzkonzepte erarbeitet und entwickeln diese immer wieder fort. Wir sind vor allem auch bereit, über weitere Verbesserungen zu sprechen, deshalb beteiligen wir uns auch konstruktiv an den jetzt anstehenden Fachgesprächen. Aber alle Maßnahmen werden nur funktionieren, wenn sie durch zusätzliche finanzielle Mittel sowohl bei den Investitionen als auch bei den Betriebskosten abgesichert werden. Dieser Schritt gehört zu einer umfassenden Anpassung untrennbar dazu. Diese Herausforderungen zu bewältigen, wird aber durch die jüngsten Sparvorgaben des Bundes torpediert.“

Die KGNW hat bereits 2022 mit zwei wissenschaftlichen Gutachten zum Klimaschutz (<https://www.kgnw.de/positionen/klimaneutrales-krankenhaus-2023>) den finanziellen Rahmen für die relevanten Handlungsfelder beschrieben: Die energetische Sanierung der Gebäudehüllen als zentrale Maßnahme erforderte schon damals rund 6,3 Milliarden Euro Investitionsmittel, zwei Drittel davon war dem Investitionsstau geschuldet. Für moderne Lüftungstechnik veranschlagten die Gutachter in diesem Kontext darüber hinaus 460 Millionen Euro.

„Diese flächendeckenden Anforderungen decken die bisher beschriebenen Finanzmittel nicht ab, deshalb ist ein spezielles zusätzliches Förderprogramm unumgänglich“, sagt KGNW-Präsident Ingo Morell. So betreffe der im Kontext der neuen Krankenhausplanung benannte Anteil für Klimaanpassung nur einige der rund 320 NRW-Kliniken, die einen Förderbescheid erhalten haben. Aus dem von 2023 bis 2030 gestreckten Budget zur Umsetzung der Krankenhausplanung von insgesamt 2,5 Milliarden Euro wurde bisher etwa die Hälfte über Förderbescheide zugeteilt.

KGNW-Präsident Morell betont, diese Mittel dürften nicht mit den klassischen Fördermitteln zur Sanierung der Krankenhäuser verwechselt werden. Dafür stellt das Land jährlich 765 Millionen Euro über Pauschalen bereit, davon sind 403 Millionen Euro für Anlagegüter mit bis zu 15-jähriger Abschreibung wie beispielsweise moderne medizinische Geräte vorgesehen.

Weitere 362 Millionen Euro sind für bauliche Maßnahmen reserviert. Für Morell wird damit erkennbar: „Angesichts eines schon 2022 vom RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung attestierten Investitionsstau von mehr als 13 Milliarden Euro müssen die Krankenhäuser den Mitteleinsatz sehr sorgfältig planen, um vor allem die bestmögliche Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen. Und auch wenn man den

aktuellen vom Institut für das Entgeltwesen im Krankenhaus (InEK) bezifferten Investitionsbedarf für NRW von jährlich 1,57 Milliarden Euro zugrundelegt, wird deutlich, dass die NRW-Krankenhäuser trotz aller Bemühungen nach wie vor unterfinanziert sind und weiter Substanzverzehr betreiben. Der Nachholbedarf bei der energetischen Sanierung steht sinnbildlich dafür. In einer solchen Ausgangslage haben die Krankenhäuser bisher kaum Möglichkeiten für einen effizienten Hitzeschutz.“

Der KGNW-Präsident verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch auf die erneute Schwächung der Krankenhäuser, denen die Bundesregierung durch das GKV-Spargesetz und den Wegfall des nur befristeten Inflationsausgleichs bis zu 8,6 Milliarden Euro entziehe. Die NRW-Kliniken treffe dies mit etwa 1,8 Milliarden Euro. „Das bedeutet, dass jedes Krankenhaus für 2027 und die folgenden Jahre versuchen muss, ein hohes Millionendefizit auszugleichen. In dieser Situation wird es keine Spielräume für zusätzliche Investitionen geben. Die Landesregierung hat dieses Gesetz im Bundesrat passieren lassen, jetzt darf sie die Auswirkungen nicht ignorieren“, fordert KGNW-Präsident Ingo Morell.

* Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen ist der Zusammenschluss der Krankenhausträger und ihrer Spitzenverbände. Sie vertritt rund 320 somatische und psychiatrische Krankenhäuser, die mit etwa 311.000 Beschäftigten rund 4,3 Millionen Patientinnen und Patienten im Jahr stationär, ebenso viele ambulant versorgen und zu den größten Arbeitgebern in NRW zählen.

Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen: Referat Politik, PR und Presse, Humboldtstr. 31; 40237 Düsseldorf, Hilmar Riemenschneider (Referatsleiter), Tel.: 0211/47819-70, E-Mail: hriemenschneider@kgnw.de, Gernot Speck (Referent), Tel.: 0211/47819-72, E-Mail: gspeck@kgnw.de, Michael Wacker (Referent), Tel.: 0211/47819-73, E-Mail: mwacker@kgnw.de, Anke Fröhlen (Sekretariat), Tel.: 0211/47819-71, E-Mail: afroehlen@kgnw.de; Internet : www.kgnw.de, E-Mail: presse@kgnw.de, Fax: 0211/47819-99, Facebook: @Krankenhausgesellschaft.NRW, Instagram: [krankenhausgesellschaft.nrw](https://www.instagram.com/krankenhausgesellschaft.nrw), LinkedIn: Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.